

## 2 Geschichte der Umweltbewegung

Geschichtliche Betrachtungen sind (wie vieles andere) nie objektiv. Schon der Blickwinkel, aus dem heraus einzelne Vorgänge als erwähnenswert erscheinen und andere nicht, beeinflusst das Ergebnis. Was hat Beziehung zu welchem anderen Ereignis? Was ist Ursache und was Folge? Diese und ähnliche Fragen beeinflussen jede Abhandlung.

Die folgenden Abrisse von Umweltgeschichte unterschieden sich unter genau diesem Blickwinkel. Den Anfang bildet ein Überblick über die Umweltschutzverbände. Im wesentlichen wird ein Text wiedergegeben, der im Umweltgutachten 1996\* des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen zu finden ist. Eine ganz ähnliche Darstellung findet sich auch bei Buchwald/Engelhardt (Band 3, S. 8-13)\*. Hier werden verschiedene Phasen herausgearbeitet, die für die Entwicklung der Umweltschutzverbände kennzeichnend sind.

Ein zweiter Überblick arbeitet die "Erfolgslosigkeitsstory" des Umweltschutzes auf. Es ist eine Überarbeitung von Unterlagen, die Thomas Schmidt (Umweltwerkstatt Lübeck) zusammengestellt hat aus jahrelangen Untersuchungen eben genau dieser historischen Bezüge. Umweltschutz und die Erfolglosigkeit sind danach kein neues Phänomen. Die Fehler werden nur immer konsequenter und strategischer begangen, d.h. die Strategie der Fehler wird ständig verbessert, aber sie werden nicht beseitigt.

Schließlich soll eine dritte Betrachtung zeigen, daß die demokratische Gesellschaft und ihre Strategie, Protestpotential immer wieder zu integrieren und dann abzubauen, eine systematische und ständige Gegenkraft zu gesellschaftsverändernden Prozessen darstellt.

### 2.1 Geschichte der Umweltverbände

Es gibt Umweltverbände bereits seit ca. 100 Jahren, davor entstanden kleinere, lokale Vereinigungen sowie die Heimat- und Wander(vogel)bewegung, aus der wichtige Impulse für die entstehenden Naturschutzgruppen kamen. Die Verbände nahmen aus eigener Kraft allerdings nie politische Orientierungen in ihr Denken auf, obrigkeitkritische Positionen fehlten. So ist es kein Wunder, daß unter den Nazis die damaligen VogelschützerInnen weiterarbeiten durften, und z.B. der Bund Naturschutz in Bayern, einziger älterer Teil des ansonsten erst in den 70er Jahren entstandenen BUNDS, bis zu den Auseinandersetzungen um Wackersdorf eng mit der CSU verbunden war. Auch heute noch dominieren Parteileute und Staatsangestellte in den Verbänden. Eine Politisierung fand erst statt, als unabhängige Gruppen, vor allem die Anti-AKW-Bewegung, ab Ende der 60er Jahre Umweltschutz zu einem Thema der öffentlichen und politischen Debatte machte. Als sich die Bewegung nach einigen Jahren verbreitert hatte, kamen findige Partei- und OrganisationsstrategInnen auf die Idee, dieses Potential für Parteien (GAZ, Grüne) sowie für Verbände (BUND) zu nutzen. Der Naturschutzbund, damals

noch Deutscher Bund für Vogelschutz, brauchte noch deutlich länger, bis er sich z.B. nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl kritisch zur Atomkraft äußerte.

**Im Original: Auszug aus Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, 1996, "Umweltgutachten 1996", Metzler-Poeschel, Stuttgart (S. 222-226)**

... Zur Entstehung und Entwicklung der Umweltverbände in Deutschland

... Die Entwicklung der Umweltverbände bis zum Aufkommen der Umweltbewegung

585. Entstanden sind die ersten umweltrelevanten Organisationen um die Jahrhundertwende im Kontext der Naturschutz-, Lebensreform- und Heimatbewegung. Prägend war für sie vor allem die Kritik an der technischen Moderne und der Zersiedelung der Landschaft infolge der Industrialisierung. Naturschutz- und Heimatbewegung lassen sich durchaus als antimodernistische soziale Bewegung verstehen, die überwiegend von Bildungsbürgertum und dem städtischen Mittelstand getragen wurden (...).

586. Die älteste überregionale Naturschutzorganisation in Deutschland ist der Deutsche Bund für Vogelschutz (DBV) von 1899. Bei ihm ging es um den Schutz der Vogelwelt, der vor allem durch Einzelschutzmaßnahmen wie Ausweisung und Ankauf von Schutzgebieten oder Anbringen von Nisthilfen erreicht werden sollte. Wie viele andere um die Jahrhundertwende entstandene regionale Gruppen (hierzu zählt auch der 1913 gegründete Bund Naturschutz in Bayern BN; ...) hatte er zunächst eine rein sektorale Zielsetzung. Umfassender war das Konzept, das Ernst RUDORFF für den 1904 von ihm gegründeten Deutschen Bund Heimatschutz formulierte. Von der Romantik beeinflusst, ging es ihm um eine umfassende Erhaltung der Natur und der angestammten bäuerlich-ländlichen Kultur. Rudorff war im Kaiserreich und der Weimarer Republik durch seine engen Verbindungen mit Politik und Verwaltung die treibende Kraft im deutschen Naturschutz (...). Sein umfassender kultureller Ansatz konnte sich jedoch gegenüber einem sektoralen Reservatsnaturschutz (so z. B. schon bei CONWENTZ, 1904) nicht durchsetzen. In der Folgezeit differenzierten sich Heimat- und Naturschutzbewegung immer mehr auseinander. Der Deutsche Bund Heimatschutz zog sich zugunsten landeskultureller und denkmalpflegerischer Schwerpunkte aus der Naturschutzarbeit weitgehend zurück.

587. Kennzeichnend für die Naturschutzbewegung war die Idealisierung der Natur und der angestammten bäuerlichen Kultur als Gegenbild zur Stadt und zum Fremden. Im Gegensatz zur heutigen Umweltbewegung bestand überwiegend eine hohe Affinität zu konservativen, nationalistischen bis hin zu fremdenfeindlich-rassistischen Strömungen. Auch im politischen Selbstverständnis unterschieden sich die damaligen Naturschutzvereinigungen stark von den heutigen Umweltorganisationen: Die Bewahrung der Natur und Heimat sollte nicht durch ein Mehr an Demokratie und Beteiligungsrechten erreicht werden, sondern wurde weitgehend von "oben", vom Staat, erwartet (...). Ziel war es, ein staatliches Instrumentarium (z. B. Naturschutzgesetzgebung und Naturschutzbehörden) zu schaffen, das den Erhalt von Natur und Landschaft garantierte. Die Verbände nahmen dabei die klassische Rolle von staatsbezogenen intermediären Organisationen ein. Sie versuchten, direkten Einfluß auf administratives Handeln zu gewinnen. Zwischen den Verbandsspitzen und den zuständigen Behörden (Naturschutz-, Forst- und Landwirtschaftsverwaltungen) bestanden zudem vielfach enge informelle Beziehungen und personelle Verflechtungen. Führungspositionen in den Naturschutzverbänden wurden überwiegend aus dem Ober- und Mittelbau der Naturschutz- und Forstverwaltungen rekrutiert (...).

588. Diese primäre Ausrichtung auf den Staat schloß erste Ansätze von Öffentlichkeitsarbeit jedoch nicht aus. Über Zeitungsartikel, Exkursionen oder schöngestige Literatur wurde versucht, den Naturschutz in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Die Hauptstoßrichtung blieb allerdings die staatliche Verwaltung: Von ihr, nicht von einer kritischen Öffentlichkeit, wurden politische Veränderungen erwartet. Öffentlichkeitsarbeit hatte hingegen fast ausschließlich das Ziel, das Bewußtsein des Einzelnen hinsichtlich seines Umgangs mit der Natur zu verändern. Die Verbandsbasis war weitestgehend unpolitisch, widmete sich praktischen Naturschutz- und Beobachtungstätigkeiten ("Nistkastennaturschutz"). Regionale Untergliederungen hatten eher Vereins- als Verbandscharakter: Nicht die naturschutzpolitische Interessenvertretung, sondern Geselligkeit und soziale Einbindung der Mitglieder standen im Vordergrund.

589. Die von Beginn an in der Naturschutzbewegung vorhandenen antimodernen und antidemokratischen Tendenzen sowie die Idealisierung ursprünglicher Natur und "unverdorbenen" bäuerlicher Kultur machten Teile der Naturschutzbewegung anfällig für die Ideologie des Nationalsozialismus (...). Die Fixiertheit auf den Staat und die enge Verflechtung mit der staatlichen Verwaltung ließen viele das Heil in einem starken Obrigkeitsstaat erblicken, der Naturschutz per Gesetz und Erlaß von oben gegen die Ansprüche einer vordringenden industriellen Moderne durchzusetzen vermag. Die in der Anfangsphase der Naturschutzbewegung weitverbreitete grundsätzliche Kulturkritik und die Infragestellung überzogener Wohlstandsansprüche war mehr und mehr einem restaurativen und isolierten Reservatsnaturschutz gewichen: Vom Staat wurde erwartet, daß er Naturreste vor den Verwüstungen der industriellen Moderne rette.

590. Der Nationalsozialismus schien genau dies anzubieten: strengere staatliche Auflagen zum Schutz der Natur, gipfeln in einem Reichsnaturschutzgesetz (1935), wie es von den Verbänden seit langem gefordert worden war (...). Die nationalsozialistische Gleichschaltung der Verbände traf folgerichtig auf keinen nennenswerten Widerstand. Ab 1933 mußten die Verbandsvorstände vom zuständigen Reichsminister bestätigt werden und wurden überwiegend mit regierungstreuen Beamten aus der Forst- und Naturschutzverwaltung besetzt (...). Staatsfixiertheit, mangelnde demokratische Reife und eine Verengung der ursprünglich grundsätzlichen Kritik am industriellen Wachstumsdenken auf die Erhaltung einer Restnatur als Refugium vor der Moderne führten letztlich zur bereitwilligen Vereinnahmung der Naturschutzbewegung durch den Nationalsozialismus.

591. Der Zweite Weltkrieg stellte auch für die Naturschutzverbände eine Zäsur dar. Nahezu die gesamte Verbandsinfrastruktur war zerstört, ein ideologischer und personeller Neuanfang erforderlich (...). Obgleich die Verbände auch nach dem Kriege ihre überwiegend konservative Prägung behielten, fanden rechte Ideologien in ihnen keine Plattform mehr und wurden als rechtlastige Vereinigungen an den Rand des Verbandsspektrums abgedrängt (so z. B. der Weltbund für Lebensschutz ...). Infiltrationsversuche in die großen Verbände sind nicht gelungen und wurden von diesen bislang entschieden abgewehrt (...).

592. Unverändert blieb nach 1945 das politische Selbstverständnis der Naturschutzverbände als staatsbezogene intermediäre Organisationen und ihre thematische Begrenzung auf den Natur- und Landschaftsschutz. Ihre gesellschaftliche Position war zugleich geschwächt: Durch die Zusammenarbeit mit dem Nationalsozialismus waren die Verbände zum Teil politisch diskreditiert, ihre Mitgliederzahlen lagen weit unter dem Vorkriegsniveau. Naturschutz war zudem kein Thema in der Wiederaufbau- und Wachstumsphase der Nachkriegszeit. Personelle Überschneidungen und Verbindungen mit staatlicher Verwaltung entwickelten sich in sehr viel geringerem Maße als vor dem Kriege. Dies erschwerte die politische Arbeit und führte zu einem weitgehenden Rückzug auf Einzelprojekte und den praktischen Naturschutz. Die Verbände hatten vor allem auf lokaler Ebene weithin eher Vereinscharakter, indem sie stärker die Geselligkeit statt inhaltliche Ziele betonten und sich bis auf wenige Ausnahmen unpolitisch verhielten.

593. Naturschutz und Heimatschutz lösten sich voneinander. Der Deutsche Heimatbund und seine Mitgliedsverbände zogen sich auf den kulturellen und landeskundlichen Bereich zurück. Institutionelle Innovationen und Neugründungen waren eher die Ausnahme (...). 1947 wurde in Reaktion auf Kahlschlagmaßnahmen der Besatzungsmächte die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald gegründet. 1950 kam es zur Gründung des Deutschen Naturschutzrings (DNR) als dem Dachverband der damaligen deutschen Naturschutzorganisationen. Infolge dauernder Konflikte zwischen den im DNR stark vertretenen Naturnutzerverbänden auf der einen und den primären Naturschutzverbänden auf der anderen Seite war der DNR jedoch weitgehend handlungsunfähig. Bis in die achtziger Jahre hinein vermochte er weder seine Koordinationsfunktion nach innen noch die Funktion der äußeren Repräsentation des Verbandsnaturschutzes hinreichend wahrzunehmen. Er war daher politisch bedeutungslos und inaktiv. Erste Ansätze einer Internationalisierung des Verbandsnaturschutzes ergaben sich mit der Gründung der Deutschen Sektion des WWF 1961.

... Die Transformation der westdeutschen Umweltverbände durch die Umweltbewegung.

594. Die Entwicklung der westdeutschen Umweltverbände seit Ende der sechziger Jahre steht in einem engen Zusammenhang mit Veränderungen der gesamten Umweltpolitik. Dies läßt sich durch ein einfaches Phasenmodell näher strukturieren: Zu unterscheiden ist eine er-

ste Phase von 1963 bis 1974 als Phase der Umweltreformpolitik "von oben", eine zweite von 1974 bis 1982 als Phase umweltpolitischer Polarisierung und eine dritte Phase ab 1983, in der die Ökologie zum allgemeingesellschaftlich akzeptierten Thema wird (...).

... Phase 1 (1963-1974): Umweltreformpolitik "von oben"

595. In den sechziger Jahren wurde in der Bundesrepublik Deutschland das Umweltproblem zwar als lokales und regionales wahrgenommen, stellte jedoch noch kein zentrales Thema der öffentlichen Debatte dar. Fragen der kulturellen Modernisierung und der ökonomischen, sozialen und demokratischen Reformen prägten die öffentliche Diskussion. Dies änderte sich Mitte der sechziger Jahre mit der Rezeption der in den USA bereits stärker entwickelten Umweltdebatte. Verschiedene ökologische Publikationen, vor allem aber der Bericht des Club of Rome (...), machten auf die Gefährdungen der menschlichen Lebensgrundlagen aufmerksam und mit ökologischen Zusammenhängen bekannt. Prominente Wissenschaftler und Publizisten trugen das Umweltthema in die Öffentlichkeit.

596. In dieser ersten Phase der Umweltpolitik vollzog sich die programmatische und institutionelle Ausgestaltung des neuen Politikfeldes Umweltschutz durch regierungsamtliche Initiativen. Diese gingen ab 1963 zunächst vom Bundesministerium für Gesundheit aus. Als symptomatisch für die weitere Akzentuierung der Umweltpolitik kann die Regierungserklärung aus dem Jahre 1969, das "Sofortprogramm Umweltschutz" 1970 und das "Umweltprogramm" 1971 gelten. Noch bevor sich Bürgerinitiativen in großer Zahl herausbildeten und die "Ökologische Frage" zum Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen machten, betraten die Regierungsparteien dieses neue Politikfeld (...) und legten so das Fundament zur Umweltgesetzgebung. Diese "von oben" initiierte Umweltreform ging auf das Interesse der Regierungsparteien, insbesondere auch der FDP, zurück, sich in einem neuen Politikfeld, das damals noch als wenig konfliktträchtig galt, als Reformkraft zu profilieren. Die umweltpolitischen Initiativen der sozialliberalen Regierung Anfang der siebziger Jahre wurden unter günstigen sozioökonomischen Bedingungen von einer Reform- und Planungseuphorie getragen, die für die Politik dieser Phase insgesamt kennzeichnend war.

597. Begünstigt von diesen regierungsamtlichen Maßnahmen bildeten sich erstmals vor allem in den städtischen Ballungsgebieten thematisch eng begrenzte, lokale Bürgerinitiativen, die allerdings kaum miteinander verbunden waren (...). Im Vergleich dazu fällt die völlige Abstinenz der bestehenden Naturschutzverbände bei den umweltpolitischen Debatten dieser Phase auf. Eine Ausnahme bildete allein der Bund Naturschutz in Bayern, der bereits 1970 eine personelle und programmatische Wende eingeleitet hatte (...). Im Gegensatz dazu weigerte sich die älteste deutsche Naturschutzvereinigung, der 1899 gegründete DBV, während der gesamten siebziger Jahre, das Ziel eines umfassenden Naturschutzes anzuerkennen und hielt sich daher umweltpolitisch zurück (...). Auch der DNR war in der beginnenden Umweltdebatte kaum präsent. Vor allem seine heterogene Zusammensetzung und die widerstreitenden Partikularinteressen seiner Mitgliedsverbände verhinderten eine klare Position in der Frage des Umweltschutzes.

... Phase 2 (1974-1982): Umweltpolitische Polarisierung

598. Mit der 1974 einsetzenden weltwirtschaftlichen Rezession im Gefolge der Ölkrise schwand der reformpolitische Eifer in der Umweltpolitik. Der Umweltschutz war auch in den Regierungsaktivitäten kein dominantes Politikthema mehr. In der Gesetzgebung wurden keine neuen Initiativen ergriffen, sondern nur noch laufende Gesetzesvorhaben abgewickelt; Umweltpolitik stagnierte (...). Im Konflikt um die Atomkernenergiepolitik der Bundesregierung kristallisierten sich ein ökologisch-fundamentalistisches und ein technischökonomisches "Lager" heraus. Wurden auf der einen Seite sowohl die Erschöpfung natürlicher Ressourcen und die mit der großtechnischen Nutzung verbundenen Gefahren in Katastrophenszenarien beschworen, so stand dem auf der anderen Seite die offene Rücknahme umweltpolitischer Reformprogrammatik in den Regierungen und Parlamenten gegenüber. Die Parteien, aber auch die Unternehmerverbände und Gewerkschaften, begriffen seit 1977 die Bürgerinitiativen nunmehr zunehmend als Konkurrenz.

599. Diese Polarisierung der umweltpolitischen Debatte fand anfänglich vor dem Hintergrund eines gering entwickelten öffentlichen Umweltbewußtseins statt. Gegenüber einer für ökologische Fragen wenig sensibilisierten Öffentlichkeit gelang es aber den Bürgerinitiativen, immer mehr Menschen für die Wahrnehmung umweltrelevanter Probleme zu gewinnen. Mit dem Konflikt um die Nutzung der Atomkernenergie, vor allem mit der Bauplatzbesetzung in Whyll (1975) und den Großdemonstrationen in Brokdorf (1976/77), formierte sich darüber

hinaus der umweltpolitische Protest als soziale Bewegung. Umweltinteressen wurden zunehmend von der neu entstandenen Umweltbewegung gebündelt und öffentlich artikuliert. Den neuen, informellen Bewegungsorganisationen, den Bürgerinitiativen, Projekten und Arbeitsgruppen, kam in dieser Phase eine herausragende Bedeutung als "Problemanzeiger" und "Erzeuger von Protesten" zu (...). Allerdings verfügte die Umweltbewegung zunächst nicht über einen Organisationskern, in dem alle Richtungen der Bewegung vertreten waren und der die Umweltbewegung "nach außen" hätte repräsentieren können (...).

600. Die Polarisierung der Umweltdebatte ging einher mit einer Strategie der Ausgrenzung der Träger der Umweltbewegung durch Wirtschaft und Staat. Das Handeln der Umweltbewegung war demgegenüber von Kompromißlosigkeit und Konfrontation geprägt. Nicht die Suche nach Lösungen stand im Vordergrund, sondern der Protest und die Vermittlung von kritischem Bewußtsein durch einen die Umweltrisiken dramatisch aufzeigenden "Katastrophendiskurs" (...).

601. Für die gesellschaftliche Rolle der Natur- und Umweltschutzverbände hatte all dies einschneidende Konsequenzen: Angesichts der Polarisierung der Umweltdebatte und der staatlichen Ausgrenzung der Vertreter von Umweltinteressen konnten sie ihre traditionelle Verbandsfunktion als intermediäre Institutionen kaum mehr wahrnehmen. Direkte Politikbeeinflussung ("Lobbying") und die Koalition mit anderen Interessenverbänden (Unternehmerverbände, Gewerkschaften usw.) blieben ihnen aufgrund der herrschenden Konfrontation in der Umweltpolitik verwehrt. Dabei fiel die Reaktion auf diese Veränderungen nicht nur zwischen den verschiedenen Verbänden, sondern auch unter den Mitgliedern in den Verbänden sowie Dachverbänden höchst unterschiedlich aus. Das Spektrum der Reaktionen reichte vom Rückzug auf einen unpolitischen praktischen Naturschutz bis zur Beteiligung an der öffentlichkeitsorientierten "Gegenmachtbildung" der Umweltbewegung (...).

602. Das Ergebnis dieser Entwicklung war Anfang der achtziger Jahre eine Annäherung der traditionellen Naturschutzverbände an die Zielsetzung der Umweltbewegung, und nicht – wie etwa in Frankreich eine dauerhafte Frontstellung und Dualität (...). Gemeinsam waren den mit oder in der Umweltbewegung entstandenen Organisationen (z. B. BUND, BBU) eine vorrangige Ausrichtung auf die Herstellung einer kritischen Öffentlichkeit für umweltpolitische Fragen. Der größte Erfolg der Umweltbewegung und ihrer Organisationen dürfte darin zu sehen sein, daß sie im Verlauf der Polarisierungsphase die Abschottung der Öffentlichkeit gegen diese Anliegen aufbrechen konnten. Zu der in der Polarisierungsphase angestoßenen Annäherung der meisten traditionellen Naturschutzverbände an die Bewegungsorganisationen gehörte es, daß auch bei deren Aktivitäten das Ziel, eine umweltpolitische Öffentlichkeit zu aktivieren und für einen umfassenden Umweltschutz einzunehmen, mehr und mehr an Bedeutung gewann. Sie trugen darüber hinaus wesentlich dazu bei, vordem eher unpolitische traditionelle Naturschützer (z.B. Bund Naturschutz Bayern) zu mobilisieren und für einen umfassenden Natur- und Umweltschutz einzunehmen.

... Phase 3 (ab 1983): Ökologie als allgemeingesellschaftlich akzeptiertes Thema

603. Seit Anfang der achtziger Jahre wurde die umweltpolitische Polarisierung mehr und mehr überwunden und der umfassende Umweltschutz als ein allgemeines gesellschaftliches Interesse in der politischen Öffentlichkeit weitgehend anerkannt. In der damit einsetzenden dritten Phase eroberte sich das Umweltthema einen Spitzenplatz in den Medien, in den öffentlichen Debatten und dann auch auf der politischen Agenda aller Parteien und Großverbände. Kennzeichnend für diese Phase ist nicht zuletzt der Einzug der Grünen in den Bundestag. Die Zahl der gesetzlichen Regelungen im Umweltbereich stieg sprunghaft an. Zugleich flaute die Mobilisierung der Bevölkerung durch die Umweltbewegung jedoch ab. ...

## 2.2 Zweitausend Jahre Erfolglosigkeit

Hinweise auf die Umweltzerstörung gibt es schon seit langem. Ebenso alt sind die Vorschläge für Gegenmaßnahmen. Im Mittelpunkt stehen die Problemverlage-

rung oder Feigenblattaktionen. Radikale Konzepte, die Menschenrechte und Umweltfragen verbinden, blieben immer am Rande.

**Im Original: Text von Thomas Schmidt, Geschichtsforscher aus Lübeck**

Vor 4,6 bis 4,8 Milliarden Jahren: Die Erde entsteht.<sup>1</sup> Später: Urozean und Uratmosphäre formen sich. Blitze in der Uratmosphäre lösen chemische Reaktionen aus, bei denen sich organische Moleküle bilden. Auf noch nicht genau verstandene Weise schließen sich Riesemoleküle zu fortpflanzungsfähigen, einen Stoffwechsel aufrechterhaltenden Gebilden zusammen: Die Urzelle, Vorfahr aller Lebewesen, entsteht. Die auf nicht biologische Weise erzeugten "Nahrungsmoleküle" sind weitgehend aufgebraucht. Dem noch jungen Leben droht der Hungertod (vor 3 Milliarden J.).

Bestimmte Einzeller, die Vorfahren der heutigen Algen und Pflanzen, "erfinden" die Photosynthese. Diese direkte Nutzung der Sonnenenergie löst die Energiefrage für alle Lebewesen bis heute. Diese Lösung des Nahrungsproblems beschwört die bis heute wahrscheinlich schwerste Umweltkatastrophe in der Geschichte des Lebens herauf: Bei der Photosynthese wird Sauerstoff frei – ein für alle damaligen Lebewesen tödliches Gift. Das Leben findet einen Ausweg aus der Umweltkrise: Der per Photosynthese frei gesetzte Sauerstoff wird von bestimmten Einzellern mit Hilfe einer neuen biochemischen Reaktion genutzt. Wir nennen sie heute Atmung.

Einzeller beginnen, sich nicht mehr nur durch einfache Zellteilung fortzupflanzen, sondern auch durch die Vereinigung ihres Erbmaterials mit dem eines Artgenossen. Die "Erfindung" der sexuellen Fortpflanzung ermöglicht die schnellere Anpassung einer Art an neue Umweltbedingungen (erstmals vor 1,3 Milliarden Jahren).

Noch können Lebewesen nur im Wasser existieren. Dort überwindet die Evolution nun eine Barriere, die bisher Lebewesen auf mikroskopisch kleine Einzeller beschränkt. Viele Einzeller schließen sich jetzt zu Lebensgemeinschaften und später zu vielzelligen Organismen zusammen. Diese Vielzeller sind sehr erfolgreich. Die Artenvielfalt wächst explosionsartig an, neue Lebensräume werden besiedelt.

Die ersten Wirbeltiere (Panzerfische) entwickeln sich (vor 450 Millionen Jahren). Das Leben "erobert" das Festland. Erste Landpflanzen und Lurche wagen sich aus dem schützenden Naß. Die Luft enthält mittlerweile den zum Atmen notwendigen Sauerstoffanteil. Die Ozonschicht hat sich gebildet und hält nun die ultraviolette Strahlung der Sonne von der Erdoberfläche fern. Erste Insekten erheben sich in die Luft, das Leben "lernt fliegen" (vor 330 Mill. J.). Landpflanzen beginnen, die Oberfläche des Festlandes gründlich zu verändern. Die Überschußproduktion der Sumpfwälder wird teilweise in tiefe Erdschichten eingelagert, wo sich mit der Zeit die heutigen Steinkohlenflöze bilden. Zu dieser Zeit entwickeln sich die ersten Reptilien. Dinosaurier beherrschen die Erde (vor 225 Millionen Jahren). Blütenpflanzen beginnen, ältere Pflanzenarten zu verdrängen (vor 100 Mill. Jahren).

Eine Umweltkatastrophe globalen Ausmaßes vernichtet die Dinosaurier und zwei Drittel aller anderen Arten von Lebewesen. Dieses Aussterben markiert den Beginn der Erdneuzeit und den Aufstieg der Säugetiere. Die Ursache der Katastrophe ist nicht genau geklärt. Vermutet wird der Zusammenstoß der Erde mit einem Asteroiden, wodurch die Erdachse in ihre heutige Stellung kippt und die Landschaftszonen ihre heutige Verteilung erhalten (vor 65 Millionen Jahren).

Die Affenarten entwickeln sich. Der gemeinsame Vorfahr von Menschenaffen und Menschen (*Dryopithecus*) taucht auf (vor 20 Millionen Jahren). Der erste "echte" Mensch (*Homo erectus*) geht aufrecht über die Savannen Ostafrikas (vor 1,8 Millionen Jahren).

Klimakatastrophe: Die erste Phase der Eiszeit beginnt (vor 1,2 Mill. Jahren).

Der Peking-Mensch reagiert und nutzt das Feuer (vor 600000 Jahren). Der erste moderne Mensch (*Homo sapiens sapiens*) beginnt mit Höhlenmalereien Zeugnisse hoher Kultur zu hinterlassen. Als einziger Überlebender der Menschenfamilie besiedelt er in der Folgezeit mit Australien und Amerika die letzten noch menschenfreien Kontinente.

Ende der Eiszeit: Viele Tier- und Pflanzenarten sterben aus, wobei der steinzeitliche Mensch wohl kräftig nachhilft. Die Ostsee entsteht. Menschen im Vorderen Orient halten erste Haustiere und erfinden den Ackerbau. (Vor 10-12.000 Jahren). Die landwirtschaftliche Revolution läßt die Zahl der Menschen in wenigen Jahrtausenden von zehn auf über hundert Mil-

lionen Köpfe anwachsen. Die "kritische Masse" für die Entwicklung von Hochkulturen sammelt sich in Flußtäälern des Mittleren Ostens und Chinas an. Die Erfindung der Metallverarbeitung vor 6500 Jahren läßt den Holzverbrauch für die Erzverhüttung hochschnellen.

An Euphrat und Tigris: Sumerer erfinden das Rad vor 5500 Jahren. Es treten erhebliche Wasserprobleme auf. Bodenversalzung, Waldabholzung und damit in der Folge Wüstenbildung und Verkarstung scheinen wesentliche Ursachen des Untergangs der Kultur zu sein.

Babylon 1750 v. Chr.: König Hammurabi erläßt Gesetze mit Bestimmungen zum Tierschutz, damit die Tierrassen als Nutztiere erhalten bleiben.

Mittelmeer, Beginn der Eisenzeit: Die Eisenverhüttung verbraucht viel Holzkohle, im Mittelmeerraum und Mittleren Osten werden Wälder kahlgeschlagen.

Athen 400 v. Chr.: Der Arzt Hippokrates fordert Maßnahmen gegen Gestank und Emissionen von Gewerbebetrieben. Besonders die Silberschmelzöfen sind ein Problem. 50 v. Chr. schlägt der Geograph Strabon dazu vor, möglichst hohe Schornsteine zu bauen, um die Abgase weiträumig zu verteilen.

Mittelmeer, um Christi Geburt: Landwirtschaft, Bergbau und Handel sind über die gesamte bekannte Welt verbreitet. Große Verkehrs- und Bewässerungsbauwerke entstehen.

Rom: Gerbereien, Färbereien und Wäschereien werden wegen ihrer Emissionen und Abwässer aus dem Wohnbereich auf die noch unbebaute Seite des Tiber verbannt. Bestimmungen über Hausbau, Abwasserbeseitigung, Luft- und Lärmbelastung sollen vor Immissionen schützen. Soweit der Eigentümer eines Grundstücks durch seine Tätigkeiten keine andere Person in der Nutzung ihres Besitzes behindert, darf sie oder er aber weiterhin ungestört Raubbau an der Natur betreiben. Nach 400 Jahren röm. Herrschaft im Mittelmeerraum ist der größte Teil der Bewaldung verschwunden. U.a. sind die Dolomiten in ihrer heutigen Form als verkarstetes Gebirge entstanden, weil sämtliches Holz für Schiffe, Bauten und Heizung eingeschlagen wurde. Durch den Waldrückgang und nachfolgende Klimaänderung sowie Bodenerosion fallen immer mehr Gebiete für die Kornproduktion aus, da runter die nordafrikanischen Provinzen, bislang die Kornkammer des Reiches, werden zur Wüste. Verarmte Bauern ziehen in die Städte. Immer öfter treten Ver- und Entsorgungsprobleme auf, führen zu Zusammenbrüchen der örtlichen Verwaltung, ein Grund, warum sich das Reich nicht entschieden genug gegen die von Norden einfallenden Völker zu wehren vermag.

Mittelamerika 1000 n. Chr.: Überbevölkerung und Umweltschäden führen zum Kollaps der Maya-Kultur.

Mitteleuropa 1200: Das "gotische Wirtschaftswunder" zeichnet sich durch die Rodung von Wäldern und Gründung von Städten aus. Stadthygiene, geregelte Wasserversorgung und Abfallbeseitigung sind in aller Regel jedoch völlig verwahrlost und müssen in ihrer Bedeutung neu erkannt werden.

Melphi 1250: Stauferkaiser Friedrich II. ordnet an, allen Unrat durch Einleitung in die Flüsse zu beseitigen.

Mitteleuropa ab 1330: Entwaldung, übermäßige Bodennutzung und mangelnde Hygiene in den dichtbesiedelten Städten und Dörfern lassen das Wirtschaftswunder der Gotik zusammenbrechen. Krankheits- und Seuchenerreger finden so gute Ausbreitungsmöglichkeiten vor, daß allein der Pest ein Drittel der Bevölkerung zum Opfer fällt. Die Wirkung auf Erkenntnis und Handeln ist jedoch i.d.R. begrenzt.<sup>2</sup>

Basel 1420: Die Stadt beschließt, die ihr zu kostspielige Säuberung der Latrinen vorläufig einzustellen. Abortanlagen sollen nur noch im Abstand von allen 10 bis 40 Jahren geräumt werden.

Mitteleuropa um 1450: Es gibt keinen naturbelassenen Wald mehr. Regionen wie beispielsweise der Harz sind aufgrund der hohen Nachfrage nach Brennmaterialien und Baustoffen völlig entwaldet. Es setzt dort großflächige Erosion ein, das Erdmaterial lagert sich vor allem in der Elbe ab, wodurch die heutigen Elbauen entstehen. Wo noch Wald steht, wird er als Viehweide genutzt, was den natürlichen Baumnachwuchs unterbindet. Die durch Holzknappeheit verursachte Energiekrise des Mittelalters wird vor allem infolge der Pest gelöst. Der Wald erobert sich ausgestorbene Dörfer und verlassene Felder zurück. Zudem werden erste Aufforstungsprogramme umgesetzt. Allerdings mit Fichten (statt Laubbäumen), die als fast einzige Art auf dem erodierten Boden noch ausreichend rasch zu wachsen in der Lage ist. Es werden Verordnungen erlassen, die es zur Pflicht machen, für jeden gefälltten Baum eine Vielzahl neuer zu pflanzen. Die Waldnutzung wird stark eingeschränkt und kontrolliert. In den Städten baut man u.a. darum zunehmend mit Stein.<sup>3</sup>

Deutschland: Der Waldanteil an der Gesamtlandesfläche bleibt im wesentlichen bis heute auf dem damals in der Erholungsphase nach der Pest (vor 400 Jahren) erreichten Stand.

Planet Erde ab 1500: Beginn der Neuzeit. Entdeckungsfahrten verbreiten europäische Technik und Kultur, dazu Krankheiten, Pflanzen und Tiere über die ganze Erde. Neue Tier- und Pflanzenarten werden in Europa eingeführt. Viele Tierarten werden ausgerottet.

Europa 17. Jh: Der Aufschwung der modernen Naturwissenschaften legt den Grundstein für die bis heute anhaltende technisch-wissenschaftliche Revolution. England 1769. Die industrielle Revolution mit Dampfmaschine und Fabriken schafft neuen Reichtum, aber auch Massenverelendung, Überbevölkerung sowie die erste großtechnische Luft- und Wasserverschmutzung.

Niedersachsen, Harzvorland: Die Innerste ist biologisch tot. Es ist der am stärksten vom Abraum aus den Harz-Bergwerken belastete Harzfluß. Aufgrund der vom Wasser aus dem Abraum gelösten Schwermetalle können die angrenzenden, im Frühjahr überschwemmten Wiesen nicht mehr für die Viehweide genutzt werden. Tiere und Menschen sterben an Vergiftungen, die man sich derzeit nicht erklären kann.<sup>4</sup>

Deutschland 1836 und 1840: Justus von Liebig entdeckt die künstliche Düngung und löst damit die moderne landwirtschaftliche Revolution aus. Im Rheinland wird der Drachenfelsens zwecks Erhaltung der Denkmale des Urzustandes der Heimat unter Schutz gestellt (1836).<sup>5</sup>

Planet Erde 1850: 1 Milliarde Menschen leben auf der Erde.

Deutschland 1860: Immer mehr Industriegebiete bilden sich u.a. das Ruhrgebiet. Rauchende Schornsteine gelten als schick, weil sie Fortschrittssymbol sind. Massen arbeitsloser Menschen strömen in die Städte und werden von den ersten Fabrikbesitzern in aller Regel als billige Arbeitskraft verschlissen.

Deutschland ab 1880: Die Elektrifizierung beginnt. Immer mehr Maschinen werden entwickelt, u.a. das Automobil. Es häufen sich Klagen über verschmutztes Wasser und verpestete Luft. In vielen Arbeitervierteln ist das Öffnen der Hausfenster unüblich geworden, erkrankten die Menschen an Atembeschwerden.

Osnabrück: Der Regierungspräsident läßt Untersuchungen über die Gesteinszersetzung am Dom vornehmen, deren Ursachen er in der Luftbelastung vermutet.<sup>6</sup>

Deutschland: Der Pflanzenchemiker Stückhardt warnt wiederholt seit 10 Jahren, daß, so wörtlich, "schädliche Stoffe selbst bei einer sehr bedeutenden Verdünnung schließlich eine verderbliche Wirkung auszuüben vermögen, wenn die Einwirkung eine langhaltende oder massenhafte ist.

Berlin 1898: Während der Haushaltsdebatte im Preußischen Abgeordnetenhaus fordert Wilhelm Wetekamp die Bereitstellung von Finanzmitteln für den Erhalt von Naturdenkmälern und die Schaffung großflächiger Naturschutzparke.

Berlin, Hannover 1904: Von Teilen des Harzes wird eine erste Waldschadenskarte mit unterschiedlichen Schadensstufen geschädigter Bäume erstellt.<sup>4</sup> Der Direktor des Westpreußischen Provinzialmuseums, Hugo Conventz, fordert einen Verbund von schützenswerten Gebieten. Er sei der Meinung, daß so wörtlich "es mit ein paar Nationalparks auch nicht erledigt sei. Es ist viel richtiger, durch das ganze Gebiet zerstreut, tunlichst in jedem Landesteil, kleinere Flächen von verschiedener Beschaffenheit in ihrem ursprünglichen Zustand zu erhalten."<sup>5</sup>

München 1907: Das neue Bayerische Wassergesetz verpflichtet Unternehmer ganz im Sinne des heute noch immer politisch diskutierten Verursacherprinzips dazu, anderen Berechtigten die Schäden zu ersetzen, die er ihnen infolge von Verunreinigung von Gewässern zugefügt hat.<sup>1</sup>

Hoher Meißner 1913: Auf dem ersten Freideutschen Jugendtag klagt der Philosoph Ludwig Klages die so wörtlich "muttermörderische Verblendung derer an, die in blinder Wut die eigene Mutter, die Erde, verheeren, bis alles Leben und schließlich sie selbst dem Nichts überliefert sind."<sup>5</sup>

Stuttgart 1915: Die Behörden schieben den aus Kronstadt (Siebenbürgen) stammenden Gusto Gräser nach Österreich ab. Nachdem er die Vegetarische Gesellschaft bei Ascona am Lago Maggiore mitgegründet hatte, ist Gräser jahrelang durch Deutschland gezogen, eigenen Besitz ablehnend, in einer Ehe ohne Trauschein lebend und seine Kinder ohne Schulbesuch erziehend. 17 Jahre später verarbeitet Hermann Hesse Gräsers Überzeugungen in der

Erzählung "Die Morgenlandfahrt", wodurch seine Botschaft eines gewaltlosen individuellen Widerstandes und einer einfachen naturnahen Lebensform ein millionenfaches Publikum erreichen.<sup>5</sup>

Berlin 1922: Unter wesentlicher Mitwirkung von Paul Robin findet der Erste Deutsche Naturschutzkongreß statt. Die damit verbundene Hoffnung auf eine Vereinigung der verschiedenen alternativen Bewegungen der Weimarer Republik zu einer ökologisch-sozial orientierten Bewegung erfüllt sich nicht. Robin fordert auf dem Kongreß und in der Folgezeit im anarchistischen Blatt "Der Freie Arbeiter" zu Abrüstung, Pazifismus, internationalem Naturschutz dazu auf, in Deutschland 600 bis 1.000 Naturschutzzentren einzurichten, in denen wenige Freiwillige das Gebiet betreuen und dabei frei von staatlicher Beeinflussung herrschaftsfrei leben. Er selbst gründet eine solche Naturwarte auf der Odermündungsinsel Morine. Wegen antisemitischer Äußerungen stellt "Der Freie Arbeiter" 1925 die Publikation von Robins Artikeln ein. Auch der Aufruf zum Konsumverzicht hat die Arbeiterschaft zu sehr provoziert. In der Gegenantwort des Blattes heißt es wörtlich: "Robin kommt in eine Stadt, in der 30% der Einwohner obdachlos sind. Anstatt nun die Reichen zu zwingen, überflüssige Räume abzugeben und neue Häuser zu bauen, macht er alle 100% obdachlos. Es ist gut und richtig, sich von kapitalistischer Modeblödheit und Luxusidiotie zu emanzipieren, aber die warme, schöne, behagliche Kleidung, die gute, wohlschmeckende Nahrung, das angenehme, sinnvoll und hübsch eingerichtete Wohnzimmer, der moderne Verkehr, Dampf, Gas, Elektrizität, das gute Buch, die Seife, das Klosett mit Wasserspülung, sowie Badewanne und Kleinauto sind sehr gute und nützliche Dinge für alle Menschen, die für alle erkämpft werden sollen." Robins spätere Warnungen (von 1929) vor einer Ölverseuchung der Meere, Vergiftung der Wälder und der Gefahr eines Weltuntergangs durch einen Atomkrieg erreichen daher kaum noch jemanden.<sup>5</sup>

Sachsen 1927: Der Heimatschutzverein und die Naturfreunde fordern, den Bau neuer Autostraßen durch die Sächsische Schweiz zu unterlassen. Wörtlich heißt es: "Die Interessen einer kleinen übersättigten volksfremden Schicht darf nicht den Sieg davontragen über das Wohl der großen wanderfrohen natursehnsüchtigen Massen" die in der halbwegs unberührten Landschaft ihren Kraft- und Freudequell haben." Ausflügler werden zugleich aufgefordert, Lärm zu unterlassen, Müll mit nach Hause zu nehmen und keine Pflanzen auszugraben.<sup>5</sup>

Ruhrgebiet 1928: Der Siedlungsverband des Ruhrkohlenbezirks macht den Vorschlag, säurefeste Bäume zu pflanzen.<sup>5</sup>

Stolzenberg: Ein Giftgasunglück in der Chemiefabrik führt zur Vergiftung von 150 Menschen. Planet Erde 1930: 2 Milliarden Menschen leben auf der Erde.

Dresden 1940/41: Der Reichslandschaftsanwalt (des Generalinspektors) für das Deutsche Straßenwesen, Alwin Seifert, veröffentlicht sein Buch "Im Zeitalter des Lebendigen" und schreibt darin so wörtlich: "Die materiellen Notwendigkeiten unseres Landes fordern immer größere Eingriffe in die Natur. Auch unser Verkehrssystem verlangt zusätzlich in die Landschaft einschneidende Anlagen. Immer enger wird der Raum ursprünglicher Natur und Landschaft zurückgedrängt." Es sei daher wichtig, daß die Technik ihre Anlagen in engster Naturverbundenheit durch führe. Seifert fordert im einzelnen handwerksgerechtes Mauerwerk an Autobahnbrücken statt Beton, um die landschaftliche Eingliederung zu fördern, außerdem mehr Kurven statt gerader Fahrbahnabschnitte und Randbepflanzungen. Sein vorgesetzter NSDAP-Minister lobt den Autor daraufhin so wörtlich als "Vorkämpfer für ein naturverbundenes Schaffen der Technik".<sup>5</sup>

Industrialisationen nach 1945: Die Industrialisierung greift endgültig in alle Lebensbereiche ein. Chemisierung der Landwirtschaft, massenhafte Motorisierung und Automatisierung, Raubbau an Rohstoffen, Massenproduktion und -konsum, weltweite Boden-, Wasser- und Luftverschmutzung, massenhaftes Aussterben von Tier- und Pflanzenarten, Waldsterben, Treibhauseffekt, Ozonloch, Gefahr atomarer und chemischer Katastrophen, sich beschleunigende Klimaveränderung kennzeichnen die Entwicklung neben der Gentechnik als neuer Großtechnologie, die in kürzester Zeit Jahrmillionen von Entwicklungsgeschichte verändern wird.

Deutschland 1969: Millionen von Fernsehzuschauern erleben die Landung auf dem Mond mit und sehen die Erde in ihrer Endlichkeit bildlich vor sich. Dieses Erlebnis gibt einen weite-

ren Anstoß zum Entstehen der Ökologiebewegung, Bemühungen um Umwelterziehung schließen sich an.

Deutschland 70er und 80er Jahre: Am nachhaltigsten wirken Umweltkatastrophen und bleiben im öffentlichen Bewußtsein, so Ölunfälle wie 1967 auf den Scilly-Inseln, 1978 vor Brest (Amoco Cadiz), 1979 im Golf von Mexiko, 1989 vor Alaska (Exxon Valdez); so das Dioxinunglück von Seveso 1976, das Giftgasunglück von Bophal 1984, die Dürrekatastrophe in Äthiopien 1985 mit über 1 Millionen Toten, die mehrfache Rheinverschmutzung von Sandoz 1986 und Reaktorunglücke wie 1957 in Windscale (heute Sellafield), 1979 in Harrisburg und 1986 in Tschernobyl, wodurch bis zu 1 Million zusätzliche Krebstote weltweit zu erwarten sind, weil bis zu 4% der radioaktiven Stoffe des Reaktors frei werden, darunter Jod mit einer Halbwertszeit von 8 Tagen und Thorium mit einer von 14 Milliarden Jahren, dem bislang dreifachen Zeitraum seit Bestehen der Erde.

### **2.3 Die demokratische "Disziplinierung"**

Zwei sich teilweise überschneidende Höhepunkte zeichnen die Geschichte der Umweltschutzbewegung aus, zum einen die Anti-AKW-Bewegung mit ihren Störaktionen an den Bauplätzen der Atomkraftwerke und Wiederaufbereitungsanlagen sowie zum anderen die Vielzahl lokaler Bürgerinitiativen, die meist gegen einzelne Bauvorhaben kämpften und in seltenen Fällen zu einer dauerhaft bestehenden Gruppe mit verschiedenen Arbeitsbereichen heranwuchsen. Beide Höhepunkte gehen ineinander über, entwickelten sich aber vom Höhepunkt her nacheinander. Anzunehmen ist, daß die spektakulären Aktionen rund um die Atomanlagen vielen die nötige Mischung aus Mut und Wut gaben, auch vor Ort gegen die Zerstörung der Umwelt anzukämpfen. Vergleichbar mit den Anti-Atom-Aktionen sind die Auseinandersetzungen um die Startbahn 18 West in Frankfurt.

#### **Erster Etablierungsprozeß: BUND und GRÜNE**

Mit der Gründung des BUND als bundesweite, umweltpolitisch ausgerichtete Organisation sowie der GRÜNEN vollzog sich die erste Welle der Etablierung der vorher vielfältigen und unabhängigen Bewegung. Diese war formal kaum mehr als die Summe der einzelnen Menschen bzw. verschiedener Gruppen, die nur in seltenen Fällen erfolgreiche Versuche unternahmen, ihre Gruppenmeinung auf die Gesamtbewegung zu übertragen (Ausnahmen waren rechte Gruppen wie der Weltbund zum Schutzes des Lebens oder kommunistische Gruppen).

Beide, BUND und GRÜNE, benötigten eine Anlaufzeit von mehreren Jahren. Grund war beim BUND der interne Führungsstreit um die Frage, ob bzw. wieweit der BUND eine Partei oder parteiähnlich werden sollte. Im Verlauf der Diskussion wechselte mehrfach der Vorsitzende. Die GRÜNEN galten in der Umweltbewegung seit ihren ersten Wahlerfolgen für viele als akzeptable Plattform für das Umweltengagement.

Ab Anfang der 80er Jahre kam es dann zu Übertritten zahlreicher Personen aus ehemals unabhängigen Bürgerinitiativen oder Anti-Atom-Gruppen zu den GRÜNEN oder zum BUND. Der BUND startete in einigen Bundesländern Werbekampagnen, d.h. ihre VertreterInnen besuchten systematisch die bestehenden Bürger

initiativen und schafften es in vielen Fällen, mit Versprechungen nach mehr politischem Einfluß und finanzieller Sicherheit, aus einstmaligen unabhängigen BIs nun weisungsgebundene BUND-Orts- und Kreisgruppen zu machen. Der Aufbau der GRÜNEN schritt nicht so stark "von oben nach unten" voran, wie es beim BUND war. Stattdessen fanden sich viele ehemalige BI- und Anti-AKW-KämpferInnen aus eigenem Antrieb zu grünen Ortsverbänden zusammen. Über lange Zeit gab es keine einheitlichen Positionen, oft nicht einmal einen einheitlichen Namen zwischen den verschiedenen Ortsgruppen, den Kreis-, Landesebenen sowie dem Bundesverband. Nichtsdestotrotz kam es in beiden Organisationen zu Etablierungs- und Disziplinierungsprozessen. Nicht der Beitritt als Gruppe oder Einzelpersonen zum BUND oder zu den GRÜNEN war der entscheidende Schritt dazu, obwohl auch damit schon die Existenz hierarchischer Organisationsmodelle anerkannt und gestärkt wurde, sondern der dann einsetzende Prozeß, der folgende Einzelpunkte umfaßte:

- Bedürfnis einer einheitlichen Meinung in der Hoffnung, daß eine geeinte Stimme vieler mehr Gewicht in der politischen Debatte erhalten würde.
- Ständige Abwägung zwischen fundamentalistischen und in der Regel sachlich besser begründeten Positionen oder der Akzeptanz von Teillösungen aus Angst, sonst gar nichts zu erreichen.
- Vermehrter Eintritt von Parteimitgliedern und Wirtschaftsleuten in die Umweltverbände und -parteien als Folge des zunehmenden gesellschaftlichen Stellenwertes oder der Wahlerfolge.
- Sorge um den eigenen (oftmals vom Staat finanzierten) Arbeitsplatz bei den Hauptamtlichen, die innerhalb der Verbandsorganisation durch die zentralen Steuerungsvorgänge eine erhebliche Macht besitzen.
- Zunehmende Möglichkeiten für eine persönliche Karriere mit der Folge, daß es vermehrt zu Kampfabstimmungen, Delegiertenprinzip und Wegfall von gleichberechtigten Arbeitsformen (Kollektiv, Konsens, Rotationsprinzip) kommt.
- Notwendigkeit der Unterdrückung von Minderheitenpositionen wegen des Auftretens aller unter gleichem Namen.
- Streben nach kurzfristigen Erfolgen und ständige Schönung der eigenen Erfolgsbilanzen, um in der herrschenden Medienwelt bestehen zu können.
- Anpassung an staatliche Vorgaben für Arbeitsinhalte und -strukturen, um an den vermeintlichen Vorteilen (Zuschüsse, Beteiligungsrechte, Informationsflüsse, Mitarbeit in Gremien usw.) teilhaben zu können.

Diese und weitere Punkte führten in allen Umweltgruppen, vor allem aber beim BUND und bei den GRÜNEN zu ständigen Kämpfen zwischen denen, die Erfolgsmöglichkeiten in der maximalen Ausschöpfung der Mitwirkungsmöglichkeiten im System bei gleichzeitiger und dazu notwendiger Aufgabe inhaltlicher Positionen sahen, und denen, die Umweltschutzgruppen als Hort klarer Positionen und Forderungen erhalten wollten, weil sie fürchteten, daß sonst niemand mehr da ist, der umfassend für Umweltschutzziele eintritt. Die BefürworterInnen einer Nähe

zum Staat und, ab ca. 1990, zur Wirtschaft führten auf ihrer Seite meist etliche Sachzwänge auf (leere Kassen, Verpflichtungen aus Kooperationsverträgen und Absprachen usw.), welche regelmäßig nicht stimmten, aber auf die unwissenden Mitglieder erheblichen Eindruck machten. Die Drohung mit der eigenen Pleite oder rechtlichen Konsequenzen bewirkte fast immer Zustimmung zu einer Arbeit, die staatliche Förderung und Unterstützung brachte. Ein klassisches Mittel zur Disziplinierung war zudem das Schüren von Mitleid, daß EntscheidungsträgerInnen in den Vorständen für radikale Aktionen oder riskante Arbeitsstile persönlich haftbar waren. Diese Auffassung war zwar formal falsch, was den Vorständen auch meist bekannt war. Es hatte aber seine Wirkung, da Basis oder Delegierte nicht so genau informiert waren.

Insgesamt ist festzustellen, daß im Laufe der 80er Jahre viele ehemals radikale KämpferInnen im BUND oder bei den GRÜNEN zu FunktionärInnen wurden, die mit der trügerischen Hoffnung auf einen Erfolg im Ganzen kritiklos ein Rädchen im Gesamtgetriebe wurden. Als einfaches Mitglied, KassenwartIn oder BeisitzerIn in irgendeiner Untergliederung, als GerätewartIn oder SchutzgebetsbetreuerIn, LeiterIn eines (vom Vorstand abhängigen) Arbeitskreises oder auf viele andere Art wurden Menschen in Funktionen geschoben und verloren damit ihre aktive Rolle, die sie in den unabhängigen Gruppen noch hatten. Die verbliebene, von den GRÜNEN- bzw. BUND-Oberen geschürte Hoffnung, daß sie zu einem großen Ganzen beitragen, das dann umweltpolitische Ziele durchsetzt, war ebenso vergebens, denn in den Spitzengremien machten sich KarrieristInnen oder Personen breit, die die Nähe zum Staat und zur Wirtschaft suchten. Noch schlimmer: Sie schlossen sich zu Dachverbänden (kreis-, landes- und bundesweit) zusammen, in denen oftmals die reinen Umweltschutzverbände gegenüber Naturnutzerverbänden oder politischen Gliederungen (Kommunen) in der Minderheit waren. Welchem BUND-Basismitglied wird schon bekannt gewesen sein, daß der Spitzenfunktionär des auch vom BUND mitgetragenen Dachverbandes DNR (Deutscher Naturschutzring) CSU-Mitglied ist? Er vertritt trotzdem oft allein die Positionen der Umweltverbände in Gesprächen mit dem Umweltminister oder dem Kanzler.

Teil des Etablierungsprozesse war die Berufung vieler UmweltschützerInnen in Kommissionen, Beiräte und andere Gremien, in denen sie mit VertreterInnen von Behörden usw. zusammenarbeiteten. Dort war Alltag, eigene Positionen aufzugeben, um an anderer Stelle kleine Fortschritte zu erreichen. Viele UmweltschützerInnen hatten das Gefühl, mitzuregieren und teilzuhaben an der Macht der Politik. Dabei vergaßen sie die Verhältnisse zu den Zerstörungsprozesse und konzentrierten sich auf ihre Mitspracherechte, die aber immer nur Nebensächlichkeiten betraf. Der Aufbau von BUND und GRÜNEN führte zum Verschwinden vieler vormals unabhängiger Basisgruppen sowie zu einer bedeutenden Schwächung der entstandenen Netzwerke und Bündnisse wie z.B. dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (wobei auch dieser oft von Parteileuten gesteuert wurde).

## **Zweite Phase: Direkte Repression**

Nachdem sich BUND und GRÜNE als Organisationen mit Geschäftsstellen und klaren (hierarchischen) Strukturen gebildet hatten, kam es zu einer internen, direkten Disziplinierung. Mittlerweile (Ende der 80er Jahre) rückte zudem der damalige Deutsche Bund für Vogelschutz, später Naturschutzbund, mehr ins Blickfeld, weil er sich thematisch öffnete und neben dem bisherigen reinen Vogelschutz auch natur- und umweltschutzpolitische Themen aufgriff. Zur Durchsetzung seiner Ziele nutzte er ähnliche Mechanismen wie der BUND: Große Mitgliederzahlen, geschlossenes Auftreten, Lobbyarbeit in den Hinterzimmern der Politik. Eine gewisse Bedeutung in der umweltpolitische Debatte gewannen zudem die Anfang bis Mitte der 80er Jahre entstandenen Jugendverbände von BUND und Naturschutzbund. Insbesondere aus ihnen heraus wurden fundamentale ökologische Forderungen in den Umweltverbänden hochgehalten. Minderheiten des Erwachsenenverbandes stützten diese und gerieten damit in Konflikt mit den Verbandsoberen, die die Nähe zum Staat für wichtig empfanden und nicht durch radikale Forderungen oder Aktionen gefährden wollten. Ein Großteil der Vorstandsmitglieder auf höheren Ebenen war Parteimitglied oder Staatsbediensteter.

Ab Mitte der 80er Jahre entstand in den Verbänden sowie bei den GRÜNEN ein Protestpotential, das nicht mehr nur neben den staatsnahen Positionen stand, sondern intern um eine Veränderung der Mehrheitspositionen kämpfte und auch formulierte, daß die hierarchische Gliederung der Verbände Grund für eine Schwächung des Umweltschutzes war. Dieses Aufbegehren gegen die praktische Gleichschaltung der Umweltverbände mit staatlichen Positionen und Strukturen erreichte Ende der 80er Jahre seinen Höhepunkt und wurde von den Verbandsspitzen in Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen mit direkten Unterdrückungsmittel bekämpft. Eine Disziplinierung über die Einbindung in Verbandsstrukturen blieb erfolglos, weil der Protest ja unter anderem gegen genau diese Strukturen gerichtet war.<sup>7</sup> In den Jahren um 1990 kam es in vielen Verbänden sowie im Zusammenhang mit staatlichen Naturschutzprojekten und -veranstaltungen zu verschiedenen Ausgrenzungen: Verbandsausschlüssen, Sperrung von Geldern und Büros für "aufmüpfige" Funktionäre oder Teilgliederungen der Verbände, Entzug von Zuschüssen und Materialien oder Hausverbote bei Veranstaltungen. 1990/91 spaltete sich ein großer Teil der KritikerInnen ab (siehe auch Kap. 3.6 zu den Umweltverbänden und 3.10 zu den Grünen, bei denen fast zeitgleich die Abspaltung radikaler Personen erfolgte).

Alle Formen der Repression waren demokratisch legitimiert, d.h. gewählte Vorstände oder von ihnen ermächtigte GeschäftsführerInnen agierten gegen die Personen, die ausgegrenzt werden sollten. Ausschlüsse liefen über die zuständigen Gremien. Dennoch bleibt festzustellen, daß es immer nur sehr wenige Spitzenfunktionäre waren, die die Entscheidungen trafen. Die gesamten Vorstände oder die Basis in einer größeren Versammlung billigten dann anschließend das Vorgehen, wobei ihnen meist das genaue Detailwissen fehlte, um die Vorgänge einschätzen zu können. Die Mächtigen der Verbände setzen sich in solchen Zweifelsfällen

regelmäßig durch, da ihnen das größere Vertrauen entgegengebracht wird, da sie in Versammlungen die Herrschaft über die Tagesordnung und die Mikrofonanlage hat. Repräsentative Demokratie bedeutet eine umfassende Ohnmacht derjenigen, die nicht auf gewählten Posten sitzen oder die nicht die Unterstützung der Oberen haben.

### **Dritte Phase: Kooperation statt Konfrontation**

Repression funktioniert nur innerhalb eines gewissen Rahmens. Anders als eine Regierung kann ein Vereinsvorstand die ungewünschten Personen ausschließen. Er läuft damit aber Gefahr, die Kritik bekannter zu machen und damit sich selbst zu gefährden.<sup>8</sup> Zudem bleiben ausgegrenzte Personen möglicherweise auch außerhalb des Vereins aktiv und stellen eine Konkurrenz dar. Letztlich schaden die "Reibungsverluste" dem Verband. Daher wurden andere Mittel erprobt, die Integrationsprozesse fördern sollten, letztlich aber vor allem die Schärfe aus der Diskussion nahmen. Wo aber Schärfe fehlt, treten in der Regel keine Veränderungen mehr ein, weil das Gefühl für ihre Notwendigkeit zurückgeht.

Insbesondere der BUND versuchte, interne Streitigkeiten über Moderationsverfahren abzubauen, ebenso der DNR. Letztlich aber verhinderten die Verfahren die vorher klar unterschiedlichen Positionen über die Zukunft des Verbandes und halfen so, das Bestehende zu bewahren, weil ohne klare Konfliktlinien eine Energie zur Veränderung nicht entstehen kann. Als alles im vernebelnden Miteinander unterging, entstanden wieder die alten Hierarchien und Bürokratien - diesmal jedoch gänzlich unangefochten. Und genauso kann auch das Ende der demokratischen Disziplinierung in der Gesamtgesellschaft aussehen. Der Protest wird eingebunden in Debattierclubs. Der Widerstand ist dann gebrochen, die alten HerrscherInnen regieren weiter, aber uneingeschränkter. Nicht zufällig stammt das Motto "Konsens ist Nonsens" aus einem der wenigen Teile der Umweltbewegung (Anti-Atomgruppen), die sich nicht (mehr) in die großen Verbände einverleiben lassen und über Netzwerkstrukturen im Kontakt miteinander stehen. Ähnliche Strukturen, allerdings bedeutend kleiner, gibt es noch im Anti-Gentechnikbereich sowie bei einigen entwicklungspolitischen Gruppen (BUKO), auch wenn ihre öffentliche Wirkung durch die Konkurrenz großer Verbände und den GRÜNEN im gleichen Themenbereich deutlich kleiner ist oder nur die weniger radikalen Positionen der angepaßteren Gruppen z.B. in der Presse erscheinen.

Der Wandel von Konfrontation zu Integrationsprozessen beschränkte sich nicht auf die internen Abläufe der Verbände. Was schon Ende der 80er Jahre in verschiedenen Umweltmedien sowie in wenigen Führungsetagen vorbereitet wurde, griff in den 90er Jahren um sich. Die bisherige Strategie der öffentlichen Konfrontation mit Industrie und Staat sollte einer Kooperation weichen. Die Gründe für diesen Strategiewandel sind letztlich nie geklärt worden, es gibt in Verbandszeitschriften, anderen Veröffentlichungen oder in Büchern keinen überzeugenden Punkt, warum der "Druck der Straße" als politische Aktionsform nicht mehr weitergeführt werden sollte. Wer die Errungenschaften der Umweltschutzbewegung betrachtet,

stellt fest, daß die wesentlichen Fortschritte (die einer Vielzahl von Verschlechterungen entgegenstehen) dem massiven Druck der Straße, gekoppelt mit einer überzeugenden inhaltlichen Arbeit und im Einzelfall besonderen Handlungsstrategien zur Erhöhung der eigenen Durchsetzungskraft (Sperrgrundstücke, Klagerechte usw.) zu verdanken sind. Demgegenüber ist ebenso festzustellen, daß der Wandel hin zur Kooperation mit den ehemaligen (und auch aktuellen!) GegnerInnen des Naturschutzes einhergeht mit der durchgreifenden Verschlechterung der Position des Umweltschutzes (Beschleunigungs- und Vereinfachungsgesetze usw.).

Der erste Höhepunkt der neuen Strategie war der Deutsche Umwelttag 1992. Sein Motto lautete "Dialog".<sup>9</sup> Dieser war nicht an irgendwelche qualitativen Ziele gebunden. Erfolgsbilanzen und Pressemitteilungen der OrganisatorInnen des DUTs (darunter der DNR, der BUND und der Naturschutzbund) zeigen denn auch, daß das Stattfinden des Dialogs insbesondere mit der Wirtschaft als Erfolg bewertet wurde, die Ergebnisse wurde gar nicht mehr betrachtet (siehe Kap. 5.2.2).

Ein Blick ins Ausland zeigt, daß der Trend zum Dialog insgesamt um sich griff. In den USA wurden Konflikte vielerorts durch sogenannte Mediationsverfahren entschärft, d.h. unter der Vermittlung von MediatorInnen, deren Auftrag die Einigung ist, deren AuftraggeberInnen aber die sind, die ein Projekt durchführen wollen, werden BefürworterInnen und KritikerInnen von Bauvorhaben u.ä. an einen Tisch geholt. Das zeit- und kraftaufwendige Mediationsverfahren verschleiert die Konflikte und verhindert erfolgreich, daß sich BürgerInnengruppen auf den Kampf auf der Straße konzentrieren. Wenn überhaupt, so wird dieser nach dem Ablauf der Mediation begonnen – also zu einem Zeitpunkt, wo die Diskussion um das Ob und Wie des Eingriffs beendet ist.

Neben den genannten entstanden viele weitere Formen "konsensueller Prozesse" im Umweltschutz. Staat, Wirtschaft und die Führungsebenen der Umweltverbände (in denen manch eineR als ModeratorIn oder MediatorIn selbst an diesen Prozessen verdient) propagierten die neuen Verfahren. Runde Tische, Mediationen, moderierte Diskussionen, Scoopingtermine (Treffen der KontrahentInnen zur Vorabklärung der Positionen) und vieles mehr wurden zum Alltag der Umweltschutzgruppen.<sup>10</sup> Demonstrationen, Besetzungen und Sperrgrundstücke hatten als Aktionsmethoden für die großen Verbände ausgedient. Ein typisches Beispiel ist auch der Prozeß um die lokale Agenda 21 warmherzige Debattierclubs ohne öffentliche Druck- und Umsetzungsmittel. Konsens, mißbraucht in einer Bedeutung, die nur mit "kleinster gemeinsamer Nenner Null" übersetzt werden kann, wurde zum Selbstzweck. Was für den Schutz der Umwelt tatsächlich herauskommt, fragt kaum noch jemand, schließlich haben sich ja alle lieb ...

Wie Pilze wachsen Kooperationszirkel von Umweltverbänden und dreckigster Industrie aus dem Boden (selten dagegen sind Kooperationen mit umweltorientierten Firmen). Consens 25, Zirkel 2005 und viele andere Namen stehen für gemeinsame Runden von deutschen Großfirmen und den Umweltverbänden.<sup>11</sup>

Dialog, konsensuale Prozesse und Mediationsverfahren dort, wo einfach ein "Nein" gefordert ist, schwächen nicht nur die Aktionsfähigkeit der daran Beteilig-

ten, sondern rauben denen, die mit klaren Positionen öffentlichen Druck machen, einen großen Teil ihrer Durchsetzungskraft. Und sie mildern Hierarchien nicht einmal während ihrer Anwendung, auch wenn ihre BefürworterInnen das noch so oft formulieren. Die ModeratorInnen werden von den jeweils Mächtigen bezahlt, sie erhalten von diesen ihren Auftrag. Die ModeratorInnen sind SchiedsrichterInnen aus Gnaden der Mächtigen. Wenn sie Prozesse herbeiführen, die deren Position gefährden, müssen sie um ihren Job fürchten. Die Mächtigen haben daher die ModeratorInnen zu ihrer Unterstützung. Eine Ausnahme besteht nur dann, wenn kleine, überschaubare Gruppen gemeinsam eine Moderation beschließen und eine Person damit beauftragen.

Welche bedeutende Anziehungskraft die demokratische Disziplinierung hat, zeigt sich in der Entwicklung ehemals radikaler Bewegungen in der Gesellschaft seit Mitte der 90er Jahre. Die Ex-Jugendumweltbewegung, die gewaltfreien Aktionsgruppen (Graswurzelrevolution usw.) und viele andere entwickelten sich zu BefürworterInnen und FördererInnen der neuen konsensualen Verfahren.<sup>12</sup> Ein Blick in die Fortbildungsprogramme, Veröffentlichungen, auf Kongresse usw. zeigt das deutlich.<sup>13</sup>

**Im Original: Widersprüchlich scheint der BUND, der einerseits mit der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" einen Meilenstein der Entradikalisierung setzte, dessen Vorsitzender Weinzierl aber 1995 im Heft "20 Jahre BUND" formuliert (S. 6)**

Den Kompromiß machen wir, seit es eine Naturschutzbewegung gibt. Und aus dem Kompromiß zum Kompromiß bleibt natürlich am Schluß nur noch die Kapitulation. Ich kann keinen Kompromiß zwischen Leben und Tod machen. ...

Hinter jedem Problem eine neue Verordnung, ein bißchen mehr korrigieren, ein bißchen mehr Grenzwerte, ein bißchen mehr Risikophilosophie. Letztlich führt das dazu, daß wir die Umweltzerstörung konsensfähig machen. Und das darf nicht passieren. Da glaube ich, hat die Umweltbewegung die dringende Aufgabe, wieder fundamental zu denken. Wenn wir es nicht machen, die Politik macht es sicher nicht.

**Hubert Weinzierl in seinem Buch "Die Ökologische Offensive" (1991, Heyne, München, S. 155)**

... stellt sich für uns die Frage, ob wir uns vielleicht allzuoft mit kleinen Erfolgen haben abspesen oder in Verfahrensabläufe einbinden lassen, anstatt eine radikale Gegenkultur aufzubauen. Vielleicht war gelegentlich auch unser Vertrauen in die Politik falsch, weil wir nicht gewußt haben, wie wenig Handlungsspielraum die Politik in Sachen Umwelt überhaupt hat und daß längst die Banken und Konzerne das Sagen haben.

**Die BUND-Realität wirkt eher anders. Über Rudi Kurz, Koordinator des BUND-AKs zur Ökologischen Steuerreform heißt es im Heft "20 Jahre BUND":**

... die attraktiveren Diskussionspartner findet Rudi Kurz ohnehin bei Gewerkschaften und Unternehmen. "Wir müssen gemeinsam einen Weg finden, um die unvermeidbaren Anpassungen für die Gesellschaft möglichst schmerzlos zu realisieren. Nur dann wird ökologische Reformpolitik mehrheitsfähig". Das dies gelingen kann, daran hat Rudi Kurz keine Zweifel.

**Auszug aus "Anwälte der Natur" von Dirk Cornelsen (1991, C.H. Beck, München, S. 57, 97, 152)**

Anstatt mit allen legalen Mitteln Druck auf Gesetzgeber, Regierungen und Verwaltungen auszuüben im Interesse des Naturschutzes, läßt sich der BUND immer noch zu sehr auf die Rolle des weitgehend wirkungslosen Beraters des Staates ein. ...

Statt dessen nehmen auch die Mitglieder des Naturschutzbunds durch ehrenamtlichen praktischen Naturschutz staatlichen Stellen viel Arbeit und Verantwortung ab, zum Beispiel durch Kartierungen oder durch Stellungnahmen nach Paragraph 29 des Bundesnaturschutzgesetz-

zes. Angesichts der minimalen Erfolge dieser Stellungnahmen gegen geplante Eingriffe in die Natur muß sich auch der Naturschutzbund fragen, ob er seine Energien nicht lieber auf die politische und die Öffentlichkeitsarbeit konzentrieren will.

Notwendig wäre schließlich auch eine ehrliche Analyse und Bestandsaufnahme der eigenen Stärken und Schwächen, der Erfolge und Mißerfolge sowie der eigenen Möglichkeiten. Grundsätzlich müßten sich dabei die beiden Mitgliederverbände auch die Frage stellen, inwieweit sie sich nicht unfreiwillig vor den Karren des Staates spannen lassen. Damit ist gemeint, daß sie sich oft damit zufriedengeben, einen Eingriff des Staates in die Natur ohne großen Widerstand hinzunehmen und lediglich etwas "naturverträglichere" Vorschläge machen. So wehrten sich zum Beispiel die Verbände nicht mit allen Mitteln gegen den geplanten Bau einer Hochgeschwindigkeitsbahn von Frankfurt nach Köln, obwohl eine solche Bahn nicht mehr umweltfreundlich ist. Statt dessen zerbrachen sich einige von ihnen den Kopf der Planer, indem sie "umweltverträglichere" Vorschläge für die Trasse dieses ICE machten. ... In allen diesen Fällen geraten die Verbände auf diese Weise leicht in die Gefahr, zum Alibi für den Staat zu werden nach dem Motto: "Die Naturschützer sind doch gefragt worden ..."

Das Ziel ist erreicht: Die Positionen im Bereich der "Ökologischen Steuerreform", Lieblingsthema des BUND, des DNR und des NABU-Präsidenten Jochen Flasbarth, sind so verwaschen, daß sie sogar von AEG (Daimler-Firma, d.h. nicht einmal der Automobilkonzern fürchtet die Vorschläge!), BAYER, dem Bayerischen Landtag, dem CDU-Bundestagsfraktionschef, vom Bund Junger Unternehmer und von einer parteiübergreifenden Gruppe junger Bundestagsabgeordneter (darunter siebenmal CDU, einmal F.D.P., fünfmal SPD, viermal GRÜNE und keinmal PDS) mitgetragen werden.<sup>14</sup>

Im BUND gibt es über die Strategie der "Umarmung" zwischen Industrie, Politik und Umweltverbänden geteilte Meinungen. Wortführerin der Gruppe, die diese Annäherung will und dafür auch inhaltliche Positionen aufgibt, ist die stellvertretende Bundesvorsitzende Dr. Angelika Zahrnt, Mitglied der SPD<sup>15</sup> und sicher eine der Favoritinnen auf die Nachfolge des BUND-Bundesvorsitzenden Weinzierl. Der vertritt in dieser Debatte den politisch entschlosseneren und unabhängigeren Weg, allerdings mit vielen Widersprüchen und offenbar auch ohne feste Position.

**Im Original: Hubert Weinzierl in seiner Eröffnungsrede zur BUND-Delegiertenversammlung (6.6.97)**

In der derzeitigen Situation sehe ich die Gefahr, daß wir durch allzuviel Aktionismus die Wachstumsgesellschaft nur begleiten und durch allzuvielen Einbindungen in Politik und Verwaltung dazu beitragen, eine Umweltpolitik konsensfähig zu machen, die in ihrem Wesen letztlich nur das System der Naturnutzung garantiert und zu einer grundsätzlichen Trendwende gar nicht erst bereit ist. ... Laßt uns nicht in jede verlorene Schlacht ziehen, nicht jeden verlorenen Prozeß führen, nicht an jedem sinnlosen Behördenverfahren teilnehmen, nicht jeder politischen Umarmung erliegen.

Wir alle könnten unsere gesamte Lebenszeit nur noch mit Sitzungen, Umweltforen, Runden Tischen, Beiräten und Gesprächskreisen verbringen, mit denen Politiker und sonstige gesellschaftliche Gruppen und Verbände beschäftigen und Schein-Konsensgespräche führen möchten. Der Versuch, uns in irgendwelche Pakte einzubinden, ist in Bund und Ländern in Mode gekommen, jedoch meist in der Absicht, uns hinter die gültigen Beschluß- und Gesetzeslagen zurückzuwerfen.

Befreien wir uns lieber von solchen Umarmungsversuchen, auch wenn systemkonforme und bravere Konkurrenten gelegentlich diese Nische ausfüllen. ...

Wer sich als Anwalt der Natur versteht, der muß sich auch zu den Grenzen des Kompromisses bekennen und seinen Kooperationspartnern klar machen, wo unsere Lobbyfunktion für

die Natur endet und wo die Kumpanei mit den Mächtigen beginnt.

**Und selbst widersprüchlich, auf politische Aktion verzichtend, dazu in der gleichen Rede:**

Wir haben daher Bundesregierung und Parlament aufgefordert, dem Beispiel anderer Staaten zu folgen und endlich ähnlich wie Österreich oder die Niederlande nationalen Umweltplan vorzulegen. ... Die vielen Veranstaltungen zum Thema "Zukunftsfähiges Deutschland", die im abgelaufenen Jahr durchgeführt wurden, ... und die Tatsache, daß landauf, landab die Aktivitäten zur Verwirklichung der AGENDA 21 voll im Gange sind, beweisen doch, daß wir uns in einer Umbruchphase bewegen. Dies macht Hoffnung und ich gehöre nicht zu jenen, welche da sagen, daß der Erdgipfel von Rio kein Erfolg gewesen wäre. ...

Dies bedeutet für eine Umweltbewegung, daß wir nach der Vordenkerrolle eine Phase des Vorlebens einleiten müssen, Lust zum Mitmachen erzeugen und die Lebensstil-Debatte und die Debatte über die Zukunft der Arbeit weiter voranbringen. Mit den Vorschlägen für ein zukunftsfähiges Deutschland und für einen nationalen Umweltplan haben wir diese wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe eingeleitet.

**Auszug aus einem Bericht zum BundessprecherInnenratstreffen der Grünen Liga am 6. Juni 1997, erschienen in ALLIGATOR 7/97 (S. 12)**

Eine Diskussion zur Sinnhaftigkeit und zum Potential der Arbeit der GL in manchen Gremien, man denke nur an die Merkel-Arbeitskreise,<sup>16</sup> kam auch auf diesem Sprecherrat wieder auf, wurde aber nicht geführt.

Der Streit über Sinn und Unsinn der Umarmungsstrategie wird auch in weiteren Umweltschutzgruppen geführt, z.B. im BBU, in den Umwelt- und Projektwerkstätten sowie sehr stark auch in Eine-Welt-Gruppen. Die GegnerInnen der Kooperation um fast jeden Preis fordern immer wieder Begründungen für das Weglassen von Forderungen oder die Aufgabe bisheriger Positionen. Die Antwort darauf ist im Regelfall keine politisch-inhaltliche. Zum Teil werden allgemeinspsychologische Erklärungen abgegeben (angefangen von "Auch im Konzernchef steckt ein Mensch" bis zu Angriffen auf die KritikerInnen, die als "hartherzig" oder "unmenschlich" bezeichnet werden, wenn sie die Lobby- und Gremienarbeit, Schirmherrschaften und Öko-Sponsoring angreifen), zum anderen gibt es einen Begründungsversuch, der den Dialog als logische Folge einer Konfrontationszeit sieht. Die jetzige Phase sei quasi Teil eines "natürlichen Ablaufs" von Protest, Akzeptanz und Umsetzung.

Als Nebenaspekt kommt es bei den Kooperationsformen zu einer Ausgrenzung der "Kleinen". An den Tischen der Mächtigen sitzen nur die großen Umweltverbände und die großen Konzerne. Bürgerinitiativen und kleine, manchmal kollektiv organisierte Betriebe haben keine Chance mehr. Solche Entwicklungen sind nicht nur zufällig oder gesteuert von dem Willen der großen Umweltverbände, an der Macht und am wichtigen Sponsoringgeschäft der Großkonzerne zu partizipieren, sondern auch ganz gezielt und geplant politischer Wille. Die aktuelle Situation eines massiven und schnellen Abbaus von Umweltschutzgesetzen und -standards (Deregulierung) wird dabei fast gar nicht thematisiert oder als Übergangserscheinung hin zu einem neuen Zeitalter freiwilligen und gemeinsamen Umwelthandelns von Industrie, Politik und Umweltverbänden verniedlicht. Woraus die Umweltverbände ihre Hoffnung schöpfen, daß es auch so kommen wird, wird an keiner Stelle klar. Sicherungen und konkrete Abmachungen dazu gibt es bis heute

nicht – wohl aber sind entscheidende Umweltgesetze schon aufgehoben oder zum Nachteil der Sache abgeschwächt worden.

**Im Original: Auszüge aus dem Umweltbericht 1996 des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen (S. 231)**

621. Ungeachtet all dessen kam es zu Beginn der neunziger Jahre im Zuge der deutschen Einigung zu einer Stagnation der Umweltpolitik. ... In Entsprechung dazu wurden auch in den staatlichen Entscheidungen umweltpolitische Komponenten zurückgenommen. BRAND (...) spricht von einem "umweltpolitischen Rollback". Tatsächlich wird jedoch auch weiterhin der umfassende Umweltschutz bei allen einflußreichen gesellschaftlichen Akteuren anerkannt. ... Auch wurden die Fronten zwischen den Lagern nicht wieder errichtet. Es dürfte sich daher bei dem zu beobachtenden "Rollback" weniger um eine eigene Phase bundesdeutscher Umweltpolitik handeln als um eine vorübergehende Schwäche in der Durchsetzung von Umweltinteressen in staatlichen Entscheidungen.

622. Das Aufweichen starrer Fronten in wechselnde Konflikt- und Bündniskonstellationen stellt die bisher rigide Konfrontationsstrategie der Umweltbewegung in Frage. ... Gefragt sind konkrete Lösungsvorschläge, deren Umsetzung "Konsens, Kooperation und Kompromiß" verlangt.

**Auszüge aus dem gemeinsamen Papier der Länderumweltministerkonferenz und der Naturschutzverbände, verabschiedet auf der gemeinsamen Sitzung 13.-14.3.97 (S. 7-11)**

Gerade die Umsetzung neuer Umweltpolitiken wie z.B. der Agenda 21 oder des Übereinkommens über die biologische Vielfalt mit dem fachlichen Auftrag "Schutz und nachhaltige Entwicklung" verlangt neue Zielsetzungen, Strategien, Aufgabenverteilungen und Kooperationsmodelle. ...

Damit ergibt sich auch für die Verbände eine neue Situation, die sie neben anderen gesellschaftlichen Gruppierungen zu Partnern für eine nachhaltige Entwicklung macht. ... Gleichzeitig werden aber die Naturschutzverbände damit in gesellschaftliche Interessenbündnisse mit eingebunden, was von den Verbänden auch die Anerkennung sozialer und ökonomischer Interessenlagen möglicher Bündnispartner sowie das Bemühen um Interessenausgleich abverlangt. ...

Voraussetzung dafür ist eine große Professionalität und ein erhöhtes Maß an Fachwissen, kommunikative Eigenschaften und ein Einblick in gesellschaftliche Probleme. Dieser hohe Anspruch kann nur von größeren Verbänden geleistet werden. ... Diese Aufgaben verlangen von den Verbänden Dialogbereitschaft, Kommunikation und Zusammenarbeit. ...

Gerade im Widerstreit sozialer, ökonomischer und ökologischer Interessen kommt den Umweltverbänden als Vertreter einer größeren Öffentlichkeit hohe Bedeutung zu, deren Einbeziehung auch die gesellschaftliche Akzeptanz von Entscheidungen verbessern kann. ...

Eine neue Form des Zusammenwirkens von staatlichem und verbandlichem Umwelt- und Naturschutz bedingen auch die geänderten Anforderungen an der Arbeit der Naturschutzverwaltungen. So muß sich der amtliche Naturschutz zukünftig mehr als bisher einer Vermittlungs- und Moderatorenrolle zuwenden, ...

**Günter Mitlacher<sup>17</sup> in "Akzeptanz des Naturschutzes – Rolle der Verbände" (S. 16-22)<sup>18</sup>**

Die berufliche Qualifizierung des hauptberuflichen und ehrenamtlichen Personals ist entscheidend zu verbessern und sollte sich u.a. konzentrieren auf:

- Methoden der Lobbytätigkeit
- effiziente Teamarbeit
- Zeit- und Projektmanagement
- Fund Raising
- Gesprächsführung
- Moderation von Tagungen, Gesprächen usw.
- Personalführung
- Konfliktlösungsstrategien. ...

Auf Bundesebene sollte die Professionalisierung der Naturschutz-Lobbyarbeit zügig optimiert werden. ...

Für beide Seiten ist es die vordringliche Aufgabe, die Akzeptanz der unterschiedlichen Interessen, Standpunkte und Arbeitsweisen zu erhöhen und ein vertrauensvolles Klima zwischen Verbänden, Politikern und Behörden zu schaffen. ... Speziell für den BMU bedeutet dies: ...

Auf Seiten von Politik und Verwaltung sollten nachwirkende Erfahrungen aus Zeiten der Polarisierung überwunden und einer konstruktiven Diskurspolitik Platz machen.

Die Kritik an den Umarmungsformen richtet sich vor allem gegen die Nachhaltigkeitsdiskussion, Mediation und (mit Ausnahme der internen Anwendung in gleichberechtigten Gruppen) Moderation sowie die Agenda-21-Arbeit an runden Tischen oder in anderen Zusammenhängen. Ebenso stößt das ausufernde Öko-Sponsoring sowie die Betätigung von Firmen oder Firmenstiftungen als inhaltliche Mitarbeit oder sogar ModeratorInnen in Umweltprojekten auf Vorbehalte. So war z.B. die Otto-Stiftung Vermittlerin zwischen großen Umweltverbänden und der Bundesregierung bei der Frage des Elbeausbaus. Befürchtet wird die Aufgabe umweltpolitischer Positionen und der Übergang in ein Zeitalter der inhaltlich-politischen Beliebigkeit, in der der Dialog bzw. die Kooperation als solches zum Erfolg wird, nicht mehr die konkret erzielten Ergebnisse. Insgesamt läßt sich feststellen, daß mit dem Trend, Dialog und Kooperation zum Schwerpunkt der politischen Arbeit zu machen, die klaren Positionen und Visionen der Umweltbewegung verloren gegangen sind. Den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie oder die Mobilität ganz ohne Auto sind einer Vielzahl langjähriger Ausstiegsszenarien (die dann vollzogen sind, wenn die Kraftwerke aus Altersgründen ohnehin abgeschaltet werden müssen) oder Forderungen nach dem Drei-Liter-Auto gewichen. Nur noch kleine Randgruppen der Umweltbewegung oder Minderheiten in den Verbänden halten die alten (und nach wie vor aktuellen) Forderungen aufrecht. Sie werden von den Großen ausgegrenzt, weil ihre Radikalität den "konsensualen Prozessen" abträglich sein könnte.

**Im Original: Auszug aus einer Mail von Tilman Heller (damals Projektwerkstatt Kreuzberg) am 4.7.1997<sup>19</sup>**

Die Erforschung der Geschichte, wie es den Herrschenden gelungen ist, daß alle Leute auf Agenda 21 abfahren, finde ich auch interessant.

**Hubert Weinzierl in Spiegel special 2/1995, "Öko-Bilanz '95" (S. 27)**

Wir haben unser Ziel nicht erreicht. Die Umweltbewegung hat sich nicht überflüssig gemacht. Im Gegenteil: Sie ist wichtiger denn je. Sie muß gegensteuern, wenn "grünes Denken" rein kommerziell ausgeschlachtet wird, wenn Umweltschutz nur noch als Mode betrieben wird. Sie muß an der Einsicht festhalten, die an ihrem Anfang stand: Wir brauchen eine ganzheitliche Überlebensphilosophie, eine Denkwende, die Abkehr von der Wachstumsideologie. Wir brauchen weiterhin die kleinen Schritte und die große Überzeugung.

Einzelne KritikerInnen gehen noch weiter. Sie halten den Nachhaltigkeitsentwürfen vor, nichts anderes zu wollen, als den augenblicklichen Zustand zu sichern. Der gefährde nämlich durch Verschwendungssucht selbst. Mit seinem Rohstoffverbrauch und der zunehmenden Aufspaltung in Arm und Reich würde sich der Kapitalismus als Herrschaftssystem selbst gefährden. Irgendwann gäbe es nichts mehr zum Ausbeuten und die Menschen würden dann, wenn sie massenweise in eine aussichtslose Lage geraten, nicht mehr stillhalten. Also müssen Veränderungen erfolgen, die Rohstoffe effizienter ausnutzen. Dann halten sie länger, das bestehende Herrschafts- und Wirtschaftssystem besteht weiter. Besonders günstig ist, eventuelle KritikerInnen für diese "Effizienzrevolution" zu begeistern, so daß sie zu Bünd-

nisgenossInnen, statt zu GegnerInnen werden auf dem Weg, die Zukunftsfähigkeit zu sichern – und zwar die Zukunftsfähigkeit der geltenden Weltordnung.

**Im Original: Auszüge aus Christoph Spehr, 1996, "Die Ökofalle", ProMedia, Wien (S. 106, 146+147)**

Die Aufgabenstellung ist klar: Eine neue Variante muß mindestens so effektiv sein wie die alte, aber effizienter, weniger verschwenderisch. Das kapitalistische Projekt muß grüner und geplanter werden. Eine solche Aufgabe löst man nicht am Schreibtisch (und auch nicht am Runden Tisch), aber das bedeutet nicht, daß sie in den Planungsetagen der gesellschaftlichen Kräfte nicht bearbeitet würde. Auf den Fluren dieser Bürohäuser treffen wir dann auch die Anwälte der Nachhaltigkeit. ...

Wenn man das zusammenrechnet, was vorliegt – den Grundsatz der herrschenden Nachhaltigkeitsdebatte; ihre nicht zufälligen blinden Flecken; und das, was an tatsächlichen Verschiebungen in der Realität zu beobachten ist, dann ergibt sich dieses Bild des derzeitigen Übergangs in der Struktur des Naturverbrauchs. Ob sie wollen oder nicht (und eigentlich wollen sie es meist auch): Die Mainstream-Beiträge zur Nachhaltigkeit sind Teil des Projektes, die kapitalistische Form der Naturnutzung wieder flott und zukunftsfähig zu machen. Es sind Beiträge zur Lösung der Krise des Herrschaftssystems.

**Auszug aus dem Text "Wie revolutionär ist die Effizienzrevolution<sup>20?</sup>" von Martin Cames in den Öko-Mitteilungen 1/96 (S. 24+25)<sup>21</sup>**

Die These "doppelter Wohlstand bei halbiertem Ressourcenverbrauch (Weizsäcker/Lovins) führt in die Irre, weil sie suggeriert, daß eine höhere Effizienz – wie bisher – ein Anwachsen des individuellen Konsums ermögliche. ... Die Betrachtung einiger Beispiele zeigt, daß in einzelnen Fällen durchaus beachtliche Effizienzsteigerungen umgesetzt werden konnte, ohne daß die Umwelt entlastet worden wäre. ... Auf dem Weg zur Nachhaltigkeit ist der Begriff "Effizienzrevolution" deshalb eher verwirrend, nebulös und widersprüchlich. Eine wirklich neue Strategie beschreibt er nicht. Bereits das wäre ein hinreichender Grund, Abstand zu nehmen. Es stellt sich jedoch die Frage, ob der Begriff nicht nur wenig hilfreich, sondern sogar kontraproduktiv ist. ... Effizienzsteigerungen erweitern die individuellen Konsummöglichkeiten. Ein Beitrag zur Nachhaltigkeit läßt sich so nicht erzielen. Die vermeintliche Wertneutralität des Begriffs erweist sich als implizites Werturteil: Die Bedürfnisse der Umwelt und der Dritten Welt werden nicht berücksichtigt und sind demnach wertlos. Effizienzrevolution will Anhänger gewinnen und blendet deshalb die Hinterfragung der Bedürfnisse aus. Doch was hilft die Vergrößerung der Anhängerschaft, wenn dabei die Grundstrukturen, die die zugespitzte Belastungssituation für Mensch und Umwelt verursacht haben, nicht durchbrochen werden. In diesem Sinne ist der Begriff Effizienzrevolution kontraproduktiv, – weil er Beschleunigung, Geschwindigkeit und Tempo setzt und damit Werte adressiert, die ursächlich für die Situation sind, die er vorgibt, beseitigen zu können; ... – weil er die Gefahr in sich birgt, als die einzige (realistische) Strategie zur Nachhaltigkeit angesehen zu werden.

## Quellen zu 2

- 1 Der nachfolgende Text ist teilweise ausführlicher nachzulesen in: Klaus Bosselmann (1992), "Im Namen der Natur. Der Weg zum ökologischen Rechtsstaat", Scherz-Verlag, Bern.
- 2 Charles R. Bowlus, "Die Umweltkrise in Europa des 14. Jahrhunderts" (S. 13-29) in: Peter Siefert (Hrsg., 1988), "Fortschritte der Naturzerstörung", Suhrkamp, Frankfurt.
- 3 Wilhelm Bode und Martin von Hohnhorst (1994), "Waldwende", C.H. Beck, München (S. 9-38 und 89-92) sowie Marie-Luise Hillebrecht, "Eine mittelalterliche Energiekrise" (S. 275-283) in: Bernd Herrmann (Hrsg., 1986), "Mensch und Umwelt im Mittelalter", Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.
- 4 Akten im Hauptstaatsarchiv Hannover.
- 5 Ulrich Linse (1986), "Ökopax und Anarchie. Eine Geschichte der ökologischen Bewegung in Deutschland", dtv, München.
- 6 Akten im Hauptstaatsarchiv Osnabrück.

- 7 Polarisierungen, Eskalation und Austritte bzw. Ausschlüsse sind stark auf einzelne Personen zurückzuführen, die sich nicht integrieren wollen, sondern klare Forderungen kompromißlos aufrecht erhalten. Das waren vor allem Jutta Dittfurth bei den Grünen sowie, weit weniger spektakulär, Thomas Schmidt und Jörg Bergstedt im Naturschutzbund Deutschland (ehemals Deutscher Bund für Vogelschutz).
- 8 Auch hier ist Jutta Dittfurth ein wichtiges Beispiel, denn die Eskalation führte zunächst zur Kraftprobe und dann zur Abspaltung vieler Personen. Mitte der 80er Jahre versuchte der damalige Deutsche Bund für Vogelschutz, eine eigenständige Jugendorganisation zu verhindern. Der Druck auf den damaligen Bundesjugendsprecher Jochen Flasbarth und die Landesjugend Schleswig-Holstein führte aber nur zu Solidarisierungen und schließlich dazu, daß die Jugendorganisation erheblichen Einfluß gewann (siehe Kap. 3.6).
- 9 Der Begriff "Dialog" ist auf vielen Broschüren des DUT zu finden, zudem trägt die offizielle DUT-Zeitung, die im Vorfeld mehrfach erschien, diesen Namen.
- 10 Kritische Auseinandersetzungen mit Mediationen und Moderationen sind in Zeitschriften und der Literatur nur sehr selten anzutreffen. Vorsichtige oder fundamentale Kritik kommt von den auch bei anderen Fragen spürbaren radikalen Rändern, z.B. dem BBU unter dem Umweltverbänden, der Projektwerkstatt im Kreis Gießen in der (Ex-)Jugendumweltbewegung oder Jutta Dittfurth in Parteikreisen oder der Öffentlichkeit (Contraste 3/1998, S. 10).
- 11 Zirkel 2005 heißt "eine Initiative deutscher Unternehmen und der Umweltstiftung WWF-Deutschland zum Klimaschutz" (mit dabei u.a. Axel Springer Verlag AG und die Deutsche Lufthansa AG). Consens 25 ist eine PR-Aktion von AEG und WWF. Euronatur und Daimler tragen die Kampagne "Natürlich mobil". Andere Umweltverbände geben ihren Kooperationen in der Regel nicht so spektakuläre Namen.
- 12 Besonders taten sich die Kurve Wustrow (eines der Zentren gewaltfreier Aktionen/Graswurzelbewegung) sowie die Bildungsgruppe für Ökologie und Selbstbestimmung (Verden-Projekt), später auch der Bundesverband Studentische Ökologiearbeit mit der daraus gegründeten Gruppe "Mobile Moderation" bei der Bildungsarbeit und Weiterverbreitung konsensualer Verfahren hervor.
- 13 Auf einigen Kongressen, z.B. den jährlichen Jugendumweltkongressen, wurden alle Arbeitskreise "zwangs" moderiert, d.h. alle ReferentInnen bekamen eineN ModeratorIn, auch gegen ihren Willen. Auf dem Kongreß 1997/98 wurde die von der Kongreßleitung eingesetzte Moderation des Entscheidungsplenums vom Plenum abgesetzt.
- 14 Die Aufzählung der SympathisantInnen findet sich im **DNR-Papier zur Steuerreform** (1997).
- 15 Die Gruppe der Bundestagsabgeordneten kam aufgrund einer gemeinsamen Initiative der BUNDjugend und des CDU-Bundestagsabgeordneten Hermann Gröhe zustande (**BUND-Pressemitteilung 8.12.89**).
- 16 Dr. Angelika Zahrt machte im BUND über den Arbeitskreis "Wirtschaft und Finanzen" Karriere und prägte schon von dort aus die Verbindung von Ökonomie und Ökologie.
- 17 Als "Merkel-Arbeitskreise" werden salopp die von Bundesumweltministerin Angela Merkel eingerichteten sechs Gesprächskreise zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland bezeichnet.
- 18 Günter Mitlacher war jahrelang Geschäftsführer des Naturschutzbund Deutschland, vormals DBV.
- 19 Die Untersuchung wurde vom Bundesumweltministerium in Auftrag gegeben und nimmt zu Vorschlägen des Beirates für Naturschutz und Landschaftspflege vom 13.10.94 Stellung. Zudem werden die Ergebnisse einer Strategietagung der Umweltverbände dokumentiert. Erstellt wurde sie im Mai 1996.
- 20 Außerhalb des klassisch als "Internet" bezeichneten Bereiches, in dem durch Informationsangebote "gesurft" wird, gibt es eine Vielzahl deutscher und anderssprachiger Diskussionsbretter. Im Umweltschutz sind die Angebote des "ComLink" am weitesten verbreitet. Dort existieren auch Bretter zu den Umweltverbänden sowie anderen Teilen der Bewegung. Zum Teil sehr kontroverse Diskussionen über die Anpassung der UmweltschützerInnen sind 1996-98 vor allem auf den BUND-, Jugendumweltbewegungs- und den allgemeinen Umwelt-Brettern gelaufen.
- 21 Effizienzrevolution ist die entscheidende Hoffnung vieler BefürworterInnen der aktuell verbreiteten Nachhaltigkeitskonzepte, z.B. der **Studie "Zukunftsfähiges Deutschland"**. Dabei wird auf den technische Fortschritt gebaut, zukünftig mehr aus einer Energie- oder Materialeinheit herauszuholen.
- 22 Martin Cames ist Mitarbeiter beim Öko-Institut in Freiburg, die Öko-Mitteilungen sind die Mitgliederzeitschrift des Öko-Instituts.